

Fratzschers Generationenrhetorik

Dirk Stein

Marcel Fratzschers Buch Nach uns die Zukunft liefert eine These, die in Krisenzeiten anschlussfähig ist: Der Generationenvertrag ist brüchig; die Jungen tragen zu viel, die Alten profitieren zu lange. Das Problem: Der Entwurf verwechselt Verteilungsdebatten mit Zukunftspolitik. Wer Wohlstand von morgen sichern will, muss zunächst die produktive Basis stärken – Produktivität, Unternehmertum, Investitionen, Arbeitsanreize. Genau hier bleibt Fratzschers Konzept dünn. Der blinde Fleck: Wertschöpfung Deutschland steckte 2024 erneut in der Stagnation fest: Das BIP schrumpfte preisbereinigt um 0,2 %. Das ist nicht allein Konjunktur – es ist Symptom struktureller Schwäche. Produktivitätszuwächse sind mager, Investitionen schleppen sich, der Gründungswille verharrt auf niedrigem Niveau. All das verschiebt die Debatte zwangsläufig in Richtung Umverteilung – und genau dort setzt Fratzscher an. Aber ohne mehr Wertschöpfung wird jeder Verteilungskompromiss fragil.



Quelle: Von Superbass - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0

Ein Blick in die Daten illustriert den Befund:

Arbeits- und Steueranreize: Deutschland hat 2024 den zweithöchsten Arbeitskostenskeil (Tax Wedge) in der OECD: 47,9 % für Singles ohne Kinder (OECD-Schnitt 34,9 %). Wer zusätzliche Stunden leistet oder ins Risiko geht, behält von jedem Euro spürbar weniger. Unternehmertum/VC: Laut KfW kletterte die Gründungsaktivität 2024 zwar leicht, bleibt aber „seitwärts auf niedrigem Niveau“. EY sieht zugleich einen Anstieg des VC-Volumens bei sinkender Zahl der Runden – kein echter Trendbruch, eher ein fragiles Plateau. Das ist zu wenig, um alternde Strukturen zu erneuern. Standortkosten: Der kombinierte Körperschaft- plus Gewerbesteuersatz liegt nahe 30 % – im europäischen Vergleich obere Liga. Wer Zukunftsinvestitionen will, muss Kapitalbildung besser belohnen.

Das Rezept: Mehr Pflicht, kaum Produktivität

Fratzscher akzentuiert die Lastenteilung zwischen Jung und Alt – bis hin zur Forderung nach einem verpflichtenden sozialen Jahr für alle Rentner. Er spricht offen von zusätzlicher Abgabensolidarität (im Feuilleton als „Boomer-Soli“ etikettiert) und der Notwendigkeit „grüner Inflation“, also ehrlicher Preise inklusive externer Kosten. Ökonomisch sauber ist die Idee der Preiswahrheit – politisch heikel bleibt der Weg dorthin. In Deutschland steigt der nationale CO₂-Preis seit 2021 stufenweise; 2025 gilt ein Festpreis von 55 €/t. Preiswirkungen gibt es also bereits, auch ohne neue moralische Etiketten. Das größere Problem seiner Agenda liegt jedoch nicht im Klimakapitel, sondern in der Pflichtlogik: Ein Rentnerjahr mag als symbolischer Lastenausgleich verfangen – rechtlich ist eine allgemeine Dienstpflicht abseits von Verteidigungs- und Zivilschutzaufgaben derzeit kaum

gedeckt. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hält einen allgemeinen gesellschaftlichen Pflichtdienst für verfassungswidrig (Art. 12 GG), eine Umsetzung würde Verfassungsänderungenerfordern. Politisch realistisch ist das nicht, administrativ erst recht nicht.

Aus der Rentenblase ins Reformprogramm

Während Fratzschers Fokus auf der Rente bleibt, laufen die eigentlichen Weichenstellungen anderswo: Arbeit lohnt sich wieder: Hoher Tax Wedge raus, Erwerbsanreize rauf – etwa durch gezielte Entlastungen beim Faktor Arbeit und bessere Hinzuverdienstregeln für Ältere. (Die Bundesregierung plant parallel zur Rentenpolitik Erleichterungen für Weiterarbeit nach Erreichen der Regelaltersgrenze.) Kapital bildet Zukunft: Planbare, international konkurrenzfähige Unternehmenssteuern; zeitlich befristete Sofortabschreibungen; F&E-Super-Deduction. Die derzeitige Belastung nahe 30 % ist ein Standortrisiko, solange andere OECD-Länder Investitionen großzügiger behandeln. Gründen erleichtern – nicht nur predigen: Genehmigungen und Aufsicht verschlanken, Mitarbeiterbeteiligungen praxistauglich machen (das ZuFinG hilft, reicht aber allein nicht), öffentliche Beschaffung für Start-ups öffnen. Der KfW-Gründungsmonitor zeigt: Die Planungsquote steigt wieder – jetzt braucht es Tempo bei der Umsetzung, damit aus Plänen Arbeitsplätze werden. Qualifizierte Zuwanderung skalieren: Die „Chancenkarte“ ist richtig – aber der Flaschenhals liegt in Verfahren, Anerkennung und kommunaler Kapazität. Anreize, Sprachförderung und digitale Prozesse entscheiden, ob Fachkräfte bleiben.

Ein ehrlicher Generationenvertrag beginnt vor der Verteilung

Wer Generationengerechtigkeit ernst meint, muss zuerst dafür sorgen, dass es mehr zu verteilen gibt. Das erfordert politisches Handwerk an den Fundamenten: Arbeits- und Steuerrecht, Investitionsklima, Innovationsökosystem, Einwanderung. Fratzschers Buch benennt Missstände, operationalisiert sie aber überwiegend über Pflicht- und Abgabainstrumente. Das verschiebt Kosten kurzfristig – ändert jedoch wenig an der geringen Dynamik einer alternden, hochregulierten Volkswirtschaft. Die Rentenfrage bleibt wichtig. Aber der neue Generationenvertrag gewinnt seine Legitimität nicht aus moralischen Appellen und Sonderabgaben, sondern aus einer Reformagenda, die

Leistung belohnt, Risiken absichert und Wachstum befreit. Alles andere ist gut gemeinte Umverteilung im Schrumpfungsmodus – und genau das können sich die Jüngeren nicht mehr leisten.

Berlin Verlag | Nach uns die Zukunft: Ein neuer Generationenvertrag für Freiheit, Sicherheit und Chancen
| Nominiert für den Deutschen Wirtschaftsbuchpreis 2025 |
Erscheinungstermin: 29. August 2025

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4941363/Fratzschers-Generationenrhetorik/>